

Niederschrift der 18. Ratssitzung vom 14.04.2011

Ort: Grundschule Süd-West, Wilhelm-Koenen-Str.

Tag: 14.04.2011

Beginn: 16:00 Uhr

Ende: 20:40 Uhr

Anwesenheit: Oberbürgermeister Herr Ralf Poschmann
32 Stadträte

Herr Dieter Klein CDU
Frau Monika Rauhut CDU
Frau Regine Römmisch CDU
Herr Volker Schachtel CDU
Herr Andreas Skrypek CDU
Frau Regina Stahlhacke CDU
Herr Reinhard Windolph CDU

Herr Peter Dietrich DIE LINKE.
Herr Manfred Fischer DIE LINKE.
Herr Holger Hüttel DIE LINKE.
Herr Klaus Kotzur DIE LINKE.
Frau Christine Kümmel DIE LINKE.
Frau Sabine Künzel DIE LINKE.
Herr Günter Prause DIE LINKE.
Herr Axel Sell DIE LINKE.
Frau Iris Töpsch DIE LINKE.

Herr Siegmar Hecker BOS
Herr Peter Matthes BOS
Herr Bert Mrozik BOS
Frau Katrin Scheffel BOS
Herr Helmut Schmidt BOS
Herr Jürgen Telle BOS
Herr Gerhard von Dehn-Rotfelser BOS

Herr Mike Bösel B.I.S.
Frau Gesine Liesong B.I.S.
Frau Käthe Olschak B.I.S.
Herr Klaus Peche B.I.S.
Herr Raik Polster B.I.S.
Herr Lothar Wolfram B.I.S.

Herr Arndt Kemesies SPD

Herr Helmut Qual F.D.P.
Herr Udo Schwarz F.D.P.

entschuldigt fehlten: Frau Nadine Hampel SPD
Herr Dr. Dankward Vollmer CDU
Herr Heiko Brunthaler NP

verspätet erschienen:	Frau Christine Block	SPD	16:03 Uhr
	Herr Andreas Herold	BOS	16:03 Uhr
	Herr Thomas Peckruhn	CDU	16:03 Uhr
	Herr Udo Halle	CDU	16:15 Uhr
verpflichtet:	Herr Michael Dietrich	DIE LINKE.	16:06 Uhr
vorzeitiges Verlassen:	Herr Udo Halle	CDU	18:30 Uhr
	Frau Regina Stahlhacke	CDU	18:30 Uhr
	Frau Käthe Olschak	B.I.S.	18:30 Uhr
	Herr Andreas Herold	BOS	18:30 Uhr
	Herr Siegmar Hecker	BOS	18:30 Uhr
	Herr Günter Prause	DIE LINKE.	19:45 Uhr
	Herr Raik Polster	B.I.S.	19:45 Uhr
	Herr Thomas Peckruhn	CDU	20:00 Uhr
sachkundige Einwohner:	Herr Veit Baeske		
	Herr Peter Bloßfeld		
	Herr Benjamin Heß		
	Herr Ditrich Holzapfel		
	Herr Volker Kinne		
	Herr Thomas Klaube		
	Herr Wolfgang Müller		
	Frau Iris Reiche		
	Herr André Röthel		
	Frau Yvonne Röthel		
	Herr Maik Rüdiger		
	Herr Lothar Sanftleben		
	Herr Frank Schmiedl		
	Herr Ringo Siebert		
Frau Ilka Stutika			
Ortsbürgermeister:	Herr Udo Lucas	OT Wolfsberg	
stellv. Ortsbürgermeister:	Herr Helmut Hahnas	OT Obersdorf	
	Herr Gerhard Schultz	OT Großeinungen	
	Herr Lutz Thiele	OT Wettelrode	
Stadtverwaltung:	Herr Jens Schuster	Fachbereichsleiter Zentrale Dienste und Finanzen	
	Herr Torsten Schweiger	Fachbereichsleiter Stadtentwicklung und Bauen	
	Herr Udo Michael	Fachbereichsleiter Bürgerservice	
	Frau Katharina Bonk	Leiterin Rechnungsprüfungsamt	
	Herr Daniel Stollberg	Büroleiter des Oberbürgermeisters	
	Frau Sibylle Lucas	Referentin Kulturelle Bildung, Demografische Entwicklung und Bürgerliches Engagement	
	Frau Marina Becker	Referentin Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Städtepartnerschaften	
Frau Karin Schiller	Ratsbüro		
Frau Simone Jung	Ratsbüro		
Tagungsleitung:	Herr Jürgen Telle	amtierender Stadtratsvorsitzender	

Tagesordnung gemäß Einladung:

1. **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit**
2. **Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung**
3. **Genehmigung der Niederschrift der 17. Ratssitzung vom 10.03.2011**
4. **Wahl des 1. Vertreters des Vorsitzenden des Stadtrates**
5. **Verpflichtung eines nachrückenden Stadtrates**
6. **Berufung und Verpflichtung sachkundiger Einwohner**
7. **Bericht des Oberbürgermeisters**
8. **Anfragen und Aussprache zum Bericht des Oberbürgermeisters**
9. **Beratungsgegenstände in öffentlicher Sitzung**
 - 9.1 Abberufung des Ortswehrleiters der Ortsfeuerwehr Sangerhausen innerhalb der Freiwilligen Feuerwehr Sangerhausen aus dem Ehrenbeamtenverhältnis auf Zeit
 - 9.2 1. Lesung zur Neufassung der Sondernutzungssatzung mit Gebührentarif der Stadt Sangerhausen
 - 9.3 Wasserwehrsatzung der Stadt Sangerhausen
 - 9.4 Richtlinie der Stadt Sangerhausen zur Vergabe von Aufträgen nach VOB/VOL/VOF - Vergabeordnung - 2. Lesung und Beschlussfassung
 - 9.5 Änderung/Ausnahmeregelung zur Richtlinie der Stadt Sangerhausen zur Vergabe von Aufträgen nach VOB/VOL/VOF -Vergabeordnung- befristet bis zum 31.12.2011 - 2. Lesung und Beschlussfassung
 - 9.6 Abwägung und Beschluss zum Stadtentwicklungskonzept Sangerhausen - Fortschreibung 2009
 - 9.7 Wiedereinführung des früheren Kfz-Kennzeichens SGH
10. **Informationsvorlagen in öffentlicher Sitzung**
 - 10.1 Vorstellung Endbericht zum Bäderkonzept der Stadt Sangerhausen
11. **Beratungsgegenstände in nichtöffentlicher Sitzung**
 - 11.1 Vorberatung von Beschlussvorlagen zur Verbandsversammlung des AZV und TZV Südharz
12. **Informationsvorlagen in nichtöffentlicher Sitzung**
 - 12.1 Information über Beschlüsse des Hauptausschusses
 - 12.2 Information über Beschlüsse des Sanierungsausschusses
13. **Wiederherstellung der Öffentlichkeit und Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse**

1. **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit**

Der 2. Vertreter des Vorsitzenden des Stadtrates Herr Jürgen Telle eröffnet die 18. Stadtratssitzung und begrüßt den Oberbürgermeister, die anwesenden Stadträte, sachkundige Einwohner, Ortsbürgermeister, ihre Stellvertreter, Mitarbeiter der Verwaltung und Bürger und Einwohner der Stadt Sangerhausen.

Ladefrist: Die reguläre Ladefrist (10 Kalendertage) wurde eingehalten.

Beschlussfähigkeit: Die Beschlussfähigkeit ist gewährleistet. 32 Stadträte und der Oberbürgermeister sind anwesend.

Öffentlichkeit: Die TOP 1. - 10.1 und 13. werden in öffentlicher Sitzung behandelt.
Die TOP 11. - 12.2 werden in nichtöffentlicher Sitzung behandelt.

2. **Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung**

Die Verwaltung schlägt folgendes vor.

Der **TOP 5. Verpflichtung eines nachrückenden Stadtrates** wird vor dem **TOP 4. Wahl des 1. Vertreters des Vorsitzenden des Stadtrates** behandelt, damit der nachrückende Stadtrat die Möglichkeit hat, an der Wahl teilzunehmen.

Abstimmung über die geänderte Tagesordnung

Ja-Stimmen = 33
Nein-Stimmen = 0
Stimmenenthaltungen = 0

Damit ist die geänderte Tagesordnung einstimmig bestätigt.

3. Genehmigung der Niederschrift der 17. Ratssitzung vom 10.03.2011

Abstimmung über die Niederschrift

Ja-Stimmen = 32
Nein-Stimmen = 0
Stimmenenthaltungen = 1

Damit ist die Niederschrift genehmigt.

16:03 Uhr
Frau Block, Herr Herold und
Herr Peckruhn kommen = **36**

4. Verpflichtung eines nachrückenden Stadtrates

Herr Telle: "Für den verstorbenen Herrn Frank Radschunat rückt Herr Michael Dietrich, wohnhaft in Sangerhausen, An der Gonna 41 nach. Herr Dietrich war bisher als sachkundiger Einwohner im Sozialausschuss tätig. Die Mandatsannahme liegt schriftlich vor. Er ist anwesend und kommt nach vorn.

Verpflichtungstext:

Entsprechend der §§ 30 und 31 der Gemeindeordnung des Landes Sachsen-Anhalt verpflichte ich Sie, alle ehrenamtlichen Rechte und Pflichten zum Wohle der Stadt zu erfüllen.

Gemäß § 32 GO LSA sind die Mandatsträger auf die ihnen nach den §§ 30 und 31 obliegenden Pflichten hinzuweisen. Dieser Hinweis ist aktenkundig zu machen.

Ich stelle fest:

Als Mitglied des Stadtrates sind Sie schriftlich über die einzuhaltenden Pflichten in Kenntnis gesetzt worden und haben ihre Kenntnisnahme durch ihre Unterschrift bereits dokumentiert. Diese Erklärung liegt vor. Damit ist die Verpflichtung gemäß § 32 GO LSA erfolgt und hiermit dokumentiert."

16:06 Uhr
Herr M. Dietrich wurde verpflichtet = **37**

Herr Telle informiert über Neubesetzungen im Stadtrat.

Fraktion DIE LINKE.

- Vorsitzender: Herr Kotzur
- Stellvertreter: Herr Prause

Ausschussvorsitzender im Wirtschafts- und Umweltausschuss: Herr Prause

Sanierungsausschuss: Frau Künzel und Herr Sell

Hauptausschuss: Herr Kotzur und Herr Hüttel

Sozialausschuss: Herr Michael Dietrich

5. Wahl des 1. Vertreters des Vorsitzenden des Stadtrates

Bildung eines Wahlausschusses

Herr Poschmann schlägt vor, dass der Wahlausschuss durch die Verwaltung, von den Fachbereichsleitern Herrn Schweiger, Herrn Michael und Herrn Schuster besetzt wird. Die Leitung wird Herr Schuster übernehmen.

Abstimmung:

Ja-Stimmen = 37
Nein-Stimmen = 0
Stimmenenthaltungen = 0

Damit ist die Besetzung des Wahlausschusses bestätigt.

Wahl des 1. Vertreters des Vorsitzenden des Stadtrates

Herr Poschmann bittet um Vorschläge aus den Fraktionen.

Wortmeldung des Stadtrates Herrn Kotzur, Fraktion DIE LINKE.

"Die Fraktion DIE LINKE. schlägt Herrn Holger Hüttel vor."

Wortmeldung des Stadtrates Herrn Mrozik, BOS-Fraktion

"Die BOS-Fraktion schlägt Herrn Jürgen Telle vor."

Es gibt keine weiteren Vorschläge.

Es wird eine geheime Wahl durchgeführt.

Nach § 54 (3) GO LSA ist die Person gewählt, für die die Mehrheit der anwesenden stimmberechtigten Mitglieder gestimmt hat.

Wird diese Mehrheit nicht erreicht, so findet ein 2. Wahlgang statt. Im 2. Wahlgang ist die Person gewählt, für die die meisten Stimmen abgegeben worden sind.

Ergibt sich im 2. Wahlgang Stimmengleichheit, so entscheidet das Los, das der Vorsitzende zu ziehen hat.

Wahlergebnis:

abgegebene, gültige Stimmen: 37

Herr Jürgen Telle erhält 27 Stimmen.

Herr Holger Hüttel erhält 10 Stimmen.

Somit ist Herr Jürgen Telle zum 1. Vertreter des Vorsitzenden des Stadtrates gewählt.

Herr Telle nimmt die Wahl an. Herr Poschmann gratuliert herzlich.

16:15 Uhr
Herr Halle kommt = 38

Herr Poschmann erklärt, dass man sich gestern im Hauptausschuss darauf verständigt hat, dass heute die Wahl des 2. Vertreters stattfinden wird, wenn Herr Telle als 1. Vertreter des Vorsitzenden gewählt wird. Er fragt, ob es gegenteilige Auffassungen gibt und stellt fest, dass sich kein Stadtrat zu Wort meldet.

Herr Poschmann bittet um Vorschläge aus den Fraktionen.

Wortmeldung des Stadtrates Herrn Kotzur, Fraktion DIE LINKE.

"Die Fraktion DIE LINKE. schlägt Herrn Holger Hüttel vor."

Wortmeldung des Stadtrates Herrn Skrypek, CDU-Fraktion

"Die CDU-Fraktion schlägt Herrn Klaus Peche vor."

Es gibt keine weiteren Vorschläge.

Es wird eine geheime Wahl durchgeführt.

Nach § 54 (3) GO LSA ist die Person gewählt, für die die Mehrheit der anwesenden stimmberechtigten Mitglieder gestimmt hat. Wird diese Mehrheit nicht erreicht, so findet ein 2. Wahlgang statt. Im 2. Wahlgang ist die Person gewählt, für die die meisten Stimmen abgegeben worden sind. Ergibt sich im 2. Wahlgang Stimmgleichheit, so entscheidet das Los, das der Vorsitzende zu ziehen hat.

Wahlergebnis:

abgegebene, gültige Stimmen: 34

abgegebene, ungültige Stimmen: 4

Herr Klaus Peche erhält 24 Stimmen.

Herr Holger Hüttel erhält 10 Stimmen.

Somit ist Herr Klaus Peche zum 2. Vertreter des Vorsitzenden des Stadtrates gewählt.

Herr Peche nimmt die Wahl an. Herr Poschmann gratuliert herzlich.

6. Berufung und Verpflichtung sachkundiger Einwohner

Berufung einer sachkundigen Einwohnerin

Nach § 48 (2) i.V.m. § 46 (1) GO LSA schlägt die Fraktion DIE LINKE. vor, Frau Yvonne Röthel, wohnhaft in Sangerhausen, Fröbelstraße 19, als sachkundige Einwohnerin in den Sozialausschuss zu berufen.

Abstimmung über die Berufung

Ja-Stimmen = 38

Nein-Stimmen = 0

Stimmenenthaltungen = 0

Verpflichtung der berufenen sachkundigen Einwohnerin

Herr Telle bittet die berufene sachkundige Einwohnerin Frau Yvonne Röthel nach vorn und nimmt die Verpflichtung vor.

Verpflichtungstext:

„Entsprechend der §§ 30 und 31 der Gemeindeordnung des Landes Sachsen-Anhalt verpflichte ich Sie, alle ehrenamtlichen Rechte und Pflichten zum Wohle der Stadt zu erfüllen.

Gemäß § 32 GO LSA sind die Mandatsträger auf die ihnen nach den §§ 30 und 31 obliegenden Pflichten hinzuweisen. Dieser Hinweis ist aktenkundig zu machen.

Ich stelle fest: Die heute anwesende sachkundige Einwohnerin ist schriftlich über die einzuhaltenden Pflichten in Kenntnis gesetzt worden und hat ihre Kenntnisnahme durch ihre Unterschrift bereits dokumentiert.

Diese Erklärung liegt vor.

Damit ist die Verpflichtung der sachkundigen Einwohnerin gemäß § 32 GO LSA erfolgt und hiermit dokumentiert."

7. Bericht des Oberbürgermeisters

Der Bericht des Oberbürgermeisters wurde vor der Ratssitzung verteilt.

8. Anfragen und Aussprache zum Bericht des Oberbürgermeisters

Wortmeldung des Stadtrates Herrn Mrozik, BOS-Fraktion

Herr Mrozik spricht zum Thema Bauhof und davon, dass nicht die ganze Wahrheit offen gelegt wurde. Das oberste Gremium ist der Gemeinderat bzw. der Stadtrat. Der Oberbürgermeister hat auch Funktionen, die ihm durch den Stadtrat übertragen werden können. In der jetzigen Situation, in der er sagt, dass er die Bauhofgeschichte für sich allein regeln kann, irrt er. Er ist zwar der Dienstherr der Verwaltung und der Angestellten, aber er hat nicht die Organisationsform des Bauhofes zu regeln. Das regelt der Stadtrat. Leider hat der Stadtrat bis heute keine Regelung getroffen. Es wird versucht, Regeln aufzustellen, die mit dem, was die Ortschaften und die Stadt wollen, nicht konform sind. In der nächsten Ratssitzung wird der Antrag auf eine Beschlussvorlage gestellt, in der die Regeln des Stadtrates und des Oberbürgermeisters in der Hauptsatzung neu gefasst werden sollten. In vielen Verträgen mit den Ortschaften ist festgeschrieben, dass die Bauhofstandorte bleiben sollen. Der Stadtrat war der Meinung ein Konzept zu entwickeln, das nicht nur den Eigenbetrieb, sondern auch einen Regiebetrieb darstellt. Es gibt eine Gegenüberstellung. Er bittet darum, dass der Stadtrat sein Votum über die Art und Weise, wie der Bauhof in der Stadt Sangerhausen funktionieren soll, abgibt, damit der Oberbürgermeister eine Handlungsgrundlage bekommt. Des Weiteren bemängelt er, dass durch die Verwaltung und den Oberbürgermeister die ehrenamtliche Tätigkeit der Ortsbürgermeister, der Stadträte und der Ortschaftsräte nicht so wahrgenommen wird, wie es sein sollte. Aus diesem Grund wird die BOS-Fraktion eine Beschlussvorlage in die nächste Stadtratssitzung einbringen, die sinngemäß folgendermaßen lauten wird. Der Stadtrat erarbeitet ein Bauhofkonzept (Regiebetrieb), das umgesetzt werden sollte und muss. Ein weiteres Thema, das mit dem Bauhof im unmittelbaren Zusammenhang steht, ist der Verwaltungshaushalt. Mit der Budgetierung besteht keine Möglichkeit mehr, im Verwaltungshaushalt zu reagieren. Man hört, dass im Bauhof die Technik erneuert werden muss. Da im Vermögenshaushalt nicht viel eingestellt ist, müsste das über den Verwaltungshaushalt realisiert werden. Gleiches gilt für Bauleistungen. Deshalb werden die 2 Beschlussvorlagen eingebracht. Er ist sich nicht sicher, ob es die Geschäftsordnung zulässt, einen Antrag auf Aussetzung der Meinung des Oberbürgermeisters zu stellen. Wenn das nicht zulässig ist, möchte er ein Votum des Stadtrates über die blitzartige Umstrukturierung des Bauhofes durch den Oberbürgermeister.

Anfrage des Stadtrates Herrn Sell, Fraktion DIE LINKE.

Herr Sell hebt hervor, dass im Bericht von 3 Standorten die Rede ist. Die Studie, die sehr kostenintensiv war und lange in den Fraktionen und im Stadtrat diskutiert wurde, sah 5 Schwerpunkte vor, an denen der Bauhof tätig werden sollte. Diese befanden sich zentrumsnahe der umliegenden Orte. So, wie die Studie es vorgeschrieben hat, ist es erforderlich zu handeln. Es wird immer von der Berufsgenossenschaft und der Unfallkasse gesprochen. Welche Forderungen liegen für die jetzt vorhandenen Standorte vor, um sie nicht mehr besetzen zu können? Es ist nicht nachzuvollziehen. Er bittet darum, die Protokolle oder Aussagen dazu, den Fraktionen zur Verfügung zu stellen.

Antwort des Oberbürgermeisters Herrn Poschmann

Herr Poschmann erklärt, dass niemand mit Beschluss seine Meinung aussetzen kann und wer etwas beschließt, muss es auch verantworten. Die Protokolle liegen vor. Es wurde auf Mängel hingewiesen, die mit dieser Dezentralität nie abstellbar sind. Die Forderung ergeht an den Oberbürgermeister, diese Mängel abzustellen. Deshalb muss die Struktur geändert werden. Er hatte auch angeboten, wenn Probleme in der Zentralität auftreten und Kritik kommt, Nachkorrekturen vorzunehmen. Er wehrt sich gegen den Vorwurf, dass er ehrenamtliche Tätigkeit an dieser Stelle missachtet. Was den Haushalt betrifft, so ist nicht geplant, Technik aus dem Verwaltungshaushalt zu kaufen. Mit der Haushaltssperre im Verwaltungshaushalt sind nur pflichtige Aufgaben zu erfüllen. Die Sperre muss verhängt werden. Es sei denn, man geht in Widerspruch zu der Anordnung, was er für falsch hält. Alles andere muss besprochen werden, wenn die Vorlagen vorliegen. Sicher kann man Eingliederungsverträge heranziehen. Manche Ortsteile hatten vor Eingliederung keinen Bauhofmitarbeiter, andere

haben kurz vorher noch einen eingestellt. Es muss eine Angleichung des Leistungsniveaus in den unterschiedlichen Ortschaften geben. Die Praxis wird die Tauglichkeit zeigen. Ansprechpartner sind einerseits die Vorarbeiter in den Ortsteilen und andererseits die Ansprechpartner im zentralen Stützpunkt. Es geht nicht darum, lange Arbeitswege zu organisieren. Es geht um zentrale Organisation des Ganzen, klare Dienstvorschriften, wer ist wem unterstellt, wer hat wem etwas zu sagen usw.. Ein ehrenamtlicher Ortsbürgermeister kann, wenn er eine Anweisung trifft, diese letztendlich nicht verantworten, wenn etwas falsch läuft. Es kann durchaus sein, dass mit den 3 Stützpunkten zu sehr zentralisiert wird. Die Wege werden aber durch Teambildung realisierbar. Er versteht in diesem Zusammenhang folgendes nicht. Immer wenn in den Ortsteilen Bauhofmitarbeiter ausfallen, wird nach dem zentralen Bauhof gerufen. Er bittet darum, der Verwaltung die Chance zu geben, es zu beweisen. Es kann nicht so weitergehen. Kritiken kommen nicht nur bei den Ortsbürgermeistern, sondern auch bei ihm und der Verwaltung an.

Wortmeldung des Stadtrates Herrn Mrozik, BOS-Fraktion

Herr Mrozik kann das nachvollziehen. Was er aber nicht versteht, ist, dass der Stadtrat nicht die Möglichkeit bekommt, das von seiner Seite aus zu begleiten. In der Ortsbürgermeisterrunde wurde nicht über den Bauhof gesprochen, sondern über Regularien. Es geht darum, dass in den nächsten Sitzungen ein Konzept vorgelegt wird, das durch den Stadtrat beschlossen wird und tragfähig ist.

Wortmeldung des Stadtrates Herrn Skrypek, CDU-Fraktion

Herr Skrypek informiert, dass das Thema gestern im Hauptausschuss anderthalb Stunden besprochen wurde. Alle Fraktionen haben ihre Meinung klar und deutlich zum Ausdruck gebracht. Es wurde auch gesagt, dass die Organisation des Bauhofes absolut der Verwaltung und an der Stelle, dem Oberbürgermeister obliegt. Das kann kein Ortsbürgermeister übernehmen. Im Ausschuss hat man sich darüber geeinigt, der Verwaltung die Chance zu geben, zu beweisen, ob es funktioniert. Nach einem halben Jahr sollte es einen Sachstandsbericht geben. Zur Zeit wird wieder dagegen gearbeitet. Die Leidtragenden sind die Mitarbeiter des Bauhofes.

Anfrage des Stadtrates Herrn Peter Dietrich, Fraktion DIE LINKE.

Herr P. Dietrich schließt sich der Meinung seines Vorredners an. Man sollte erst einmal ein halbes Jahr abwarten und sehen, wie es läuft. Er spricht den Winterdienst durch Fremdfirmen an. Die Firmen sollten beauftragt werden, den Splitt zu beseitigen.

Antwort des Oberbürgermeisters Herrn Poschmann

Herr Poschmann macht darauf aufmerksam, dass für die Straßenreinigung der Eigentümer und nicht die Firma verantwortlich ist. Auf den Wegen, die durch die Stadt gestreut werden, wurde das Material durch eine erste durchgängige maschinelle Kehrung beseitigt. Für andere Wege sind die Anlieger zuständig. Es gibt Fristen, die einzuhalten sind. Wenn über die Straßenreinigungssatzung beraten wird, muss sich darüber verständigt werden, den Anschluss- und Benutzerzwang auszuweiten. Die Kosten werden natürlich auf die Eigentümer umgelegt. Mit der jetzigen Art und Weise sollte dem Eigentümer die Chance gegeben werden, den wirtschaftlichsten Ansatz für sich zu wählen. Wenn das so nicht funktioniert, muss der Anschlusszwang an die öffentliche Straßenreinigung ausgeweitet werden.

Antwort des Fachbereichsleiters Stadtentwicklung und Bauen Herrn Schweiger

Herr Schweiger bestätigt. Im Konsolidierungskonzept ist die Straßenreinigung mit der Festlegung enthalten, dass eine Änderung erfolgt. Es soll künftig so sein, dass die Straßen komplett durch die Stadt gereinigt werden. Die Kosten werden über die Umlage beglichen. Da Entscheidungen zur Vergabe anstehen, wird die Thematik vor der Sommerpause beraten.

Wortmeldung des Oberbürgermeisters Herrn Poschmann

Herr Poschmann weist darauf hin, dass sich das Vorhaben nicht auf alle Ortsteile erstreckt. Es bezieht sich vor allem auf die Kernstadt.

Anfrage des Stadtrates Herrn Peche, B.I.S.-Fraktion

Herr Peche stellt fest, dass das Thema Bauhof seit 20 Jahren ein Thema ist, dass die Gemüter immer wieder erregt. Es gibt mehrere Fronten, die aus ihrer Sicht versuchen, das Beste für Sangerhausen herauszuholen. Die B.I.S.-Fraktion lobt an dieser Stelle den Oberbürgermeister dafür, dass endlich ein klares Konzept auf dem Tisch liegt. Es wurden klare Strukturen exakt und konkret verfasst und ein Diagramm zeigt deutlich, wo welche Personen

eingesetzt werden. Die Verwaltung sollte den Versuch starten. Die Stadträte sind so kritisch, dass dem Oberbürgermeister, der Verwaltung und dem Leiter des Bauhofes genau auf die Finger geschaut wird und die eine oder andere Verbesserung einzufordern ist. Bereits vor der Sommerpause und nicht erst in einem halben Jahr, sollten erste Schlussfolgerungen und Ergebnisse vorgestellt werden, um zu sehen wo es hingehet und wie es weitergeht. Nach vielen Versuchen konnte kein klares Konzept aufgestellt werden. Der Stadtrat ist nie zu einem Schluss gekommen und mit der Eingemeindung der Ortsteile ist die Aufgabe gewachsen. Er versteht auch das Ehrenamt des Ortsbürgermeisters. Er ist in der Gemeinde derjenige, der als Erster Rede und Antwort stehen muss, wenn es u.a. um Ordnung und Sauberkeit geht. An der Diskussion merkt man, dass ein näheres Zusammenkommen erforderlich ist. Viele Hinweise und Kritiken, die von der BOS-Fraktion kommen, müssen eingearbeitet werden. Er ruft dazu auf, der Verwaltung eine Chance zu geben.

17:02 Uhr -Beginn der EINWOHNERFRAGESTUNDE

Anfrage der Bürgerin Frau Iris Reiche, Sangerhausen, OT Lengefeld, Lengfelder Tal 24

Frau Reiche fragt im Auftrag einer Sangerhäuser Bürgerin, warum die Bäume, unterhalb des Ärztehauses in Südwest, auf der Grünanlage entfernt wurden. Es waren sehr gute Bäume und nirgends stand, dass sie weg mussten.

Antwort des Fachbereichsleiters Stadtentwicklung und Bauen Herrn Schweiger

Herr Schweiger versichert, dass das Problem geklärt und die Frage beantwortet wird.

Anfrage des Bürgers Herrn Thomas Lier, Mitglied der FFW Sangerhausen

Herr Lier hat 2 Fragen zur Wahl des Stadtwehrlleiters. Er ist der Meinung, dass es nicht rechtens ist, dass der Stadtwehrlleiter durch die Ortswehrlleiter der Stadt Sangerhausen gewählt wurde, weil in der Satzung der FFW Sangerhausen steht, dass sich das Vorschlagsrecht auf alle Einsatzkräfte bezieht. „Mit welchem Recht wurde mir mein Vorschlagsrecht verwehrt, den zukünftigen Stadtwehrlleiter der Stadt Sangerhausen zu wählen?“

Antwort des Oberbürgermeisters Herrn Poschmann

Herr Poschmann informiert, dass eine Vorschlagswahl von allen Kameraden vorbereitet wurde. Es gab eine Ausschreibung um die Stelle des Stadtwehrlleiters. 3 Bewerbungen gingen ein. Davon wurden 2 zurückgezogen. Das war kurz vor der letzten Wehrlleiterdienstberatung unter Leitung des damaligen Stadtwehrlleiters Herrn Dähne. Daraufhin hat Herr Dähne eine Abstimmung mit dem Kreisbrandmeister vorgenommen. Es wurde gesagt, wenn nur ein Bewerber da ist, kann in dieser Form in der Wehrlleiterdienstberatung durch die Ortswehrlleiter die Wahl erfolgen. Damit ist der Vorschlag entstanden. Seit vorgestern ist ihm die Kritik an diesem Verfahren bekannt. Es gab noch keine Verständigung mit Herrn Dähne und dem Kreisbrandmeister, ob es sich um einen Verstoß gegen die Rechtsvorschriften handelt. Am Ergebnis würde das nichts ändern. Solange es nur einen Bewerber gibt, würde er selbst mit einer Stimme Mehrheit gewählt werden können. Inwieweit das ein Beschneiden des Vorschlagsrechtes ist, kann abschließend jetzt nicht gesagt werden. Bevor die Bestellung im Stadtrat erfolgt, voraussichtlich im Mai, wird die Angelegenheit geprüft. Sollte man zu der Auffassung gelangen, dass diese Ad-hoc-Wahl nicht den Rechtsnormen entspricht, wird es eine Wiederholung geben müssen.

Wortmeldung des Bürgers Herrn Thomas Lier, Mitglied der FFW Sangerhausen

Herr Lier wusste, dass nur ein Kandidat zur Verfügung steht und dass es in der Gemeinde Mansfelder Grund/Helbra genau die gleiche Situation gab. Ihn würde interessieren, wenn er selbst kandidiert hätte, ob er nur von 10 Wehrlleitern gewählt worden wäre oder durch die Mehrheit der Einsatzkräfte. Das sagt aus, was man von den Einsatzkräften vor Ort zu erwarten hat oder was man selbst tun muss, um mehr Akzeptanz in den Wehren zu bekommen. Es ist zu vergleichen mit dem Stadtrat, wenn nur die Fraktionsvorsitzenden den Vorsitzenden des Stadtrates wählen könnten und alle anderen Stadträte nicht. Er bittet das, bei der Beurteilung von diesen Rechtseinschränkungen, zu berücksichtigen.

Wortmeldung des 1. Vertreters des Vorsitzenden Herrn Telle

Herr Telle verweist darauf, dass es eine Antwort von der Verwaltung geben wird.

Anfrage des Bürgers Herrn Ditrich Holzapfel, Sangerhausen, Morunger Str. 11

Herr Holzapfel spricht die Ordnung und Sauberkeit in der Stadt an. In letzter Zeit nimmt es überhand, dass die Müllkübel ständig auf der Straße stehen. Sie werden nicht mehr weggeräumt. Auch das Parken der Pkw auf den Fußwegen nimmt Formen an, die man nicht mehr verantworten kann. Hier ist das Ordnungsamt gefordert strenger durchzugreifen. Es geht soweit, dass Frauen mit Kinderwagen auf die Straße müssen. Das trägt nicht zur Ordnung und Sauberkeit in der Stadt bei.

Antwort des Oberbürgermeisters Herrn Poschmann

Herr Poschmann gibt den Hinweis, dass das Parkproblem bekannt ist.

KASSETTENWECHSEL

Ob sich das noch verstärkt hat, kann er im Moment nicht beurteilen. Die Umsetzung der Müllsatzung bereitet zur Zeit noch Kopfzerbrechen. Die Kollegen des Ordnungsamtes sind ständig bemüht. Der Umstellungsprozess wird noch einige Zeit dauern. Die Bürger stellen sich aber langsam darauf ein.

Anfrage des Bürgers Herrn Lothar Wolfram, Sangerhausen, Hinter der Ulrichkirche 2

Herr Wolfram macht eine Anmerkung zu den vergessenen Rosenkegeln. Es ist schon traurig, dass Bürger feststellen mussten, dass dort Werte im Unkraut liegen. Aber dass darüber auch noch ein Aprilscherz gemacht wird, findet er geschmacklos. Er vermutet, dass nicht nur die Presse beteiligt war, sondern auch die Stadt. Im Bereich der Wassertorstraße/ Probstgasse befinden sich mindestens 3 verstopfte Wassereinfläufe, die mit Streusand voll sind. Die Entsorgung des Splittes auf größeren Grundstücken ist problematisch. Letzten Endes bleibt es liegen. Im Bereich der Ulrichkirche kamen allein 6 Schubkarren zusammen. Wo sollen die Leute mit dem Material hin?

Wortmeldung des 1. Vertreters des Vorsitzenden Herrn Telle

Herr Telle greift das Thema Beseitigung des Streumaterials auf. In den Ortschaften werden Möglichkeiten geschaffen. Das zusammengekehrte Material wird von den Bauhofmitarbeitern eingesammelt, um es wieder einsetzen zu können. Darüber sollte man nachdenken.

Antwort des Oberbürgermeisters Herrn Poschmann

Herr Poschmann verweist auf die Gleichbehandlung aller Bürger und die daraus resultierende Notwendigkeit, Steuersätze anzupassen und gleiche Bedingungen zu schaffen. An den Leistungsverrechnungen sieht man, dass auch Leistungen, die sozusagen aus der Kernstadt kommen, in den Ortsteilen erbracht werden. Die Pro-Kopf-Leistungen, die der Bauhof erbringt, ist in den Ortsteilen ungleich höher, als in der Kernstadt. Es geht um Angleichung des Pflegezustandes in allen Bereichen. D.h. nicht, dass es in den Ortsteilen schlechter werden wird. Es geht auch darum, dass nur das gemacht wird, für das die öffentliche Hand verantwortlich ist. Anliegerpflichten müssen gleichermaßen erfüllt werden. Das muss durchgesetzt werden. Die Stadt war am Aprilscherz über die Rosenkegel nicht beteiligt. Der Splitt darf nicht in den Abfalltonnen entsorgt werden. Auf die Frage wird es eine schriftliche Antwort geben. Zum Hinweis von Herrn Telle, dass man das Material noch bedingt verwenden kann, muss man sagen, das betrifft nur den Splitt von Gehwegen, die nicht stark frequentiert werden und den aus manchen Wohnanlagen.

Wortmeldung des Bürgers Herrn Lothar Wolfram, Sangerhausen, Hinter der Ulrichkirche 2

Herr Wolfram macht auf die Parksituation aufmerksam. Im verkehrsberuhigten Bereich kann man bis zur Hauswand parken. Da die Gehwege vorhanden sind, laufen die Leute auch rechts und links. Normalerweise könnten sie von der Scharfen Ecke bis zur Ulrichkirche in der Straßenmitte laufen. Die Fahrzeugführer haben sich anzupassen. Es hat sich noch nicht durchgesetzt. Er hat festgestellt, dass die Polizei seit Wochen nicht in der Stadt gesehen wurde.

Wortmeldung des Oberbürgermeisters Herrn Poschmann

Herr Poschmann möchte es nicht so stehen lassen, dass man von der Scharfen Ecke bis zur Ulrichkirche in der Mitte der Straße vor fahrenden Fahrzeugen herlaufen kann. Das wird ganz schnell als Nötigung ausgelegt. Vorsicht und gegenseitige Rücksichtnahme stehen im Vordergrund.

17:23 Uhr -Ende der EINWOHNERFRAGESTUNDE

Anfrage des Stadtrates Herrn Schmidt, BOS-Fraktion

Herr Schmidt entnimmt dem Anschreiben des Oberbürgermeisters an die Ortsbürgermeister, dass er die neue Struktur aufgrund der Kritik aus den Ortschaften und der wachsenden Anforderungen der Berufsgenossenschaft und der Unfallkasse gebildet hat. Er geht auf die Eingliederungsverträge der Ortsteile ein. Der damalige Stadtrat hat diesen Verträgen zugestimmt. Im § 5 (3) des Eingliederungsvertrages von Riestedt steht folgendes. „Die Stadt Sangerhausen wird auf Dauer den Bestand und Betrieb folgender gemeindlicher Einrichtungen gewährleisten.“ Unter Punkt h steht der Bauhof. „Diese Verpflichtung der Stadt entfällt ganz oder teilweise, wenn und soweit sich die rechtlichen, insbesondere die haushaltsrechtlichen Voraussetzungen grundlegend geändert haben.“ In der Begründung des Oberbürgermeisters ist das nicht zu finden. Er fragt Herrn Poschmann, wie er zu den Eingliederungsverträgen steht.

Antwort des Oberbürgermeisters Herrn Poschmann

Herr Poschmann antwortet, dass die Leistungen des Bauhofes im Ortsteil Riestedt, wie überall, in gleicher Form angeboten werden.

Wortmeldung des Stadtrates Herrn Schmidt, BOS-Fraktion

Herr Schmidt spricht an, dass Riestedt schon ein halbes Jahr ohne Bauhofmitarbeiter auskommen musste und dass es ohne Ein-Euro-Jobber viel schlechter aussehen und es noch mehr Beschwerden geben würde. Er hofft nicht, dass die Einrichtung geschlossen wird, denn dann wäre die Unterbringung der Ein-Euro-Jobber nicht mehr gewährleistet.

Antwort des Oberbürgermeisters Herrn Poschmann

Herr Poschmann stellt fest, dass diese Fragen geklärt werden müssen. Es gibt auch Dritte, nämlich die Träger, die diese Maßnahmen organisieren. Wegen dieser Probleme sollte die Neustrukturierung eines Bauhofes nicht verkompliziert werden. Es ist auch nicht absehbar, wie lange solche Maßnahmen noch zur Verfügung stehen. Manchmal ist der organisatorische Aufwand höher als der Nutzen. Es kommt auf die Menge und die Auswahl der Personen an und wie der Träger der Maßnahmen die Anleitung der Leute organisiert. Das ist sehr unterschiedlich. Die Ortsbürgermeister sollen nicht außen vor gelassen werden. Im Gegenteil, sie sollen in die neuzubildenden Strukturen eingebunden werden, wo sie genau wissen, wer Ansprechpartner ist, mit allem was dazu gehört. Es gibt aber nicht mehr „mein Bauhofmitarbeiter“ und „mein Ein-Euro-Jobber“.

Anfrage des Stadtrates Herrn Hüttel, Fraktion DIE LINKE.

Herr Hüttel spricht an, dass seine Fraktion heute mit Freude zur Kenntnis genommen hat, dass der Stadteingang des Rosariums bestehen bleiben soll. Er hat eine Frage zum Schreiben bezüglich des Besuches des Wirtschaftsministeriums. Es geht um die Möglichkeit von Anträgen mit 90-prozentiger Förderung. Darüber konnte im Bauausschuss nichts gehört werden. Er möchte wissen, welche Vorschläge es gibt bzw. wo die Förderung durchgeführt werden kann. In der letzten Legislatur gab es einen Rosenstadtbeirat, in dem je ein Mitglied aus allen Fraktionen vertreten war. Wenn es diesen noch gibt, stellt sich die Frage, warum sich dieser Beirat mit dem Thema noch nicht befasst hat. Er stellt folgendes fest. „Die meisten der freiwilligen Mittel der Stadt Sangerhausen, die sowieso hinten und vorn nicht reichen, gehen in das Rosarium und dann dieser Antrag.“

Antwort des Oberbürgermeisters Herrn Poschmann

Herr Poschmann verweist auf seine Stellungnahme zum Antrag und dass man nicht vor hat, den Stadteingang zu schließen. Es wird morgen ein Gespräch mit dem Geschäftsführer der Rosenstadt GmbH und dem Leiter des Europa-Rosariums geben. Es gibt gute Ansätze, die aber finanzierbar sein müssen. Es ist möglich eine 90-prozentige Förderung als klassische GA-Maßnahme zu bekommen. Das setzt natürlich einen Eigenanteil von 10 Prozent voraus. Genau das ist im Moment das Problem, da die Mittel im Haushalt nicht vorgesehen sind. Es wird nach anderen Methoden gesucht, wie man z.B. etappenweise baut. Das ist kompliziert. Der Container, der jetzt dort steht und die Ruine des Cafés an der Wolfsschlucht sind keine Lösungen. Dazu kommt im Moment noch die Problematik um den Pfennigteich, der nach wie vor nicht gefüllt ist. Das Gutachterverfahren liegt beim Gericht. Das Wichtigste ist die Finanzierung. Die Toilettensituation im Keller des ehemaligen Cafés an der Wolfsschlucht ist zu klären, um dann den unteren Stadteingang als Zwischenlösung anderweitig umzubauen. Es gibt einen Beirat der Rosenstadt GmbH, der mit 2 Stadträten besetzt ist und regelmäßig tagt. Es sind nicht alle Fraktionen vertreten. Herr Peckruhn und Herr Matthes wurden zu Beginn der Legislatur vom Stadtrat in den Beirat gewählt.

Wortmeldung des Stadtrates Herrn Skrypek, CDU-Fraktion

Herr Skrypek ergänzt zum Thema Stadteingang. Der Zeitpunkt der Herausgabe des Schreibens wurde ungünstig gewählt. Es wäre besser gewesen, man hätte die Ergebnisse der morgigen Gesprächsrunde abgewartet. Die CDU-Fraktion hat sich mit der Thematik intensiv beschäftigt, war vor Ort und hat sich entschlossen eine Arbeitsgruppe zu bilden. Die Saison hat begonnen und es muss eine relativ schnelle Lösung gefunden werden. Mitglieder anderer Fraktionen können sich der Arbeitsgruppe anschließen.

Wortmeldung des Stadtrates Herrn Michael Dietrich, Fraktion DIE LINKE.

Herr M. Dietrich kritisiert einen Vorfall im Rosarium, bei dem er Augenzeuge war. Es gab 2 Pressemitteilungen in den Sangerhäuser Nachrichten und im Lokalteil Sangerhausen. Am 10. April sollte der Eintritt im Rosarium frei sein. An diesem Tag standen 10 Besucher (keine Sangerhäuser) vor dem Rosarium und waren entsetzt, als Eintrittsgeld verlangt wurde. Der Geschäftsführer äußerte sich folgendermaßen. Ihm gingen die Pressemitteilungen nichts an. Sie kämen nicht von ihm. Die Presse könne schreiben, was sie will. Die Besucher hatten es sogar im Radio gehört. Auch dagegen hat der Geschäftsführer gestritten. Die Leute sind danach gegangen. Das ist keine Werbung für das Rosarium. Als Geschäftsführer sollte man anders reagieren.

Wortmeldung des Oberbürgermeisters Herrn Poschmann

Herr Poschmann hat bei seiner Anwesenheit am 10. April diese Probleme nicht mitbekommen und möchte erst einmal die andere Seite hören.

Wortmeldung des Stadtrates Herrn Peche, B.I.S.-Fraktion

Herr Peche verdeutlicht, dass immerhin der jetzige Geschäftsführer der Rosenstadt GmbH den Brief geschrieben hat. Auch der vorherige Geschäftsführer hat alles versucht diesen Stadteingang zu schließen. Das war auch in der letzten Legislaturperiode großes Thema. Die Ansicht wird immer schlimmer. Aus Sicht der B.I.S.-Fraktion sind sogar Bestrebungen da, den Eingang unattraktiv zu gestalten. Als Beispiel nennt er den kleinen Zettel mit dem Hinweis, dass bis 15:30 Uhr Eintritt gewährt wird. Auch wenn es sich um ein Provisorium handelt, muss man gestalterisch tätig werden und das Beste daraus machen. Auch den kleinen Weg, vom Parkplatz bis zum Stadteingang, könnte man schöner gestalten. Man sieht, dass kein Interesse daran besteht, das Ganze aufzuwerten. Die B.I.S.-Fraktion schließt sich dem Engagement der CDU-Fraktion an und arbeitet gern in der Arbeitsgruppe mit. Der Rat muss sich künftig anders mit der Sache beschäftigen und es wäre angebracht gewesen, wenn sich der Geschäftsführer höflicherweise nach seiner Einstellung den Stadträten vorgestellt hätte und sich beide Seiten besser kennen gelernt hätten. Vielleicht wäre das eine oder andere dann zu verstehen gewesen. Herr Schmidt bekommt schon sehr viel Unterstützung durch die Stadt und die Stadträte. Die freiwilligen Aufgaben fließen zum größten Teil in das Rosarium. Dieser Brief ist eine Ohrfeige für jeden Stadtrat und es kann auf keinem Fall mitgegangen werden.

Wortmeldung des Oberbürgermeisters Herrn Poschmann

Herr Poschmann nimmt das eine oder andere sehr ernst. Der Stadteingang, auch wenn er ein Provisorium ist, muss in einer solchen Qualität gehalten werden, auch mit Erklärungen, dass die Leute verstehen, warum das unter Umständen so ist. Das wird morgen geklärt. Innerhalb der Arbeitsgruppe können schon Vorabstimmungen

stattfinden. Außerhalb der Ausschussarbeit ist es vielleicht möglich, dass Vertreter der Rosenstadt GmbH und des Europa-Rosariums dazu kommen. Auch die Verwaltung ist nicht zu vergessen und die Randbedingungen sind zu beachten. Der Brief der Rosenstadt GmbH hat auch im Vorstand des Tourismusverbandes, der Gesellschafter ist, für Aufregung gesorgt. Das Rosarium ist die touristische Leiteinrichtung. Deshalb ist ein hoher Zuschuss im freiwilligen Bereich berechtigt, nicht nur für die Rosenstadt GmbH sondern auch für die Erhaltung des Sortimentes. Im Vordergrund steht, die kritikbehafteten angesprochenen Probleme zu beseitigen.

Anfrage der Stadträtin Frau Scheffel, BOS-Fraktion

Frau Scheffel schließt sich der vorausgegangenen Kritik an. Sie erinnert aber an einen Brief vom Herbst, in dem alle Stadträte in das Rosarium eingeladen wurden. Es ging um die Aufgabenerfüllung des Rosariums. Die Resonanz war gering. Sie fragt, ob es etwas Neues über das Fortbestehen der Grundschule Obersdorf gibt.

Antwort des Oberbürgermeisters Herrn Poschmann

Herr Poschmann informiert, dass sich der Staatssekretär nach der Pressemitteilung und der Beschwerde des Oberbürgermeisters entschuldigt und geäußert hat, dass er von der Presse missverstanden wurde. Er hätte gemeint, wenn es Eingangsklassen gibt, die kleiner als vorgeschrieben sind, dass dann durchaus einmal Einzelausnahmen möglich sind, wenn vom Grundsatz her der Bestand der Schule immer gesichert ist. Das trifft nach den Spielregeln, die bisher gelten, nicht zu. Der Antrag auf Ausnahmegenehmigung wurde gestellt. Vom Land und auch vom Kreis gab es noch keine Reaktion. Das liegt sicher an der Umbildung der Landesregierung und ihrer Gremien.

Wortmeldung des Stadtrates Herrn Qual, F.D.P.-Fraktion

Herr Qual kennt den Brief von Herrn Schmidt nicht, hatte aber gestern, im Namen seiner Fraktion, ein Gespräch mit ihm. Es ist unfair den Eindruck zu erheben, dass Herr Schmidt den Stadteingang schließen wollte. Er hat selbst gesagt, dass es ihm ausschließlich darum geht, den Stadteingang im Zusammenhang mit dieser Ruine, der Lösung der Toilettenproblematik und der Wolfsschlucht etwas zu verlegen. Es gibt Gedanken, die morgen in dem Gespräch eine Rolle spielen werden. Es geht ihm absolut nicht um die Schließung des Stadteinganges, was auch im Sinne der F.D.P.-Fraktion ist.

Wortmeldung des 1. Vertreters des Vorsitzenden Herrn Telle

Herr Telle kann nicht verstehen, dass die F.D.P.-Fraktion als einzige Fraktion den Brief nicht erhalten hat und bittet darum, dass er zur Verfügung gestellt wird.

Anfrage des Stadtrates Herrn Skrypek, CDU-Fraktion

Herr Skrypek kommt auf das Problem Walkmühle zu sprechen.

KASSETTENWECHSEL

Die CDU-Fraktion erwartet von der Verwaltung ein Konzept, wie das neue Tiergehege und der Erholungspunkt Walkmühle auszusehen hat und möchte wissen, wann dort endlich etwas passiert.

Antwort des Oberbürgermeisters Herrn Poschmann

Herr Poschmann erinnert, dass diesbezüglich die Verwaltung im letzten Jahr mit der GSG Helbra im Gespräch war und ein Konzept erarbeitet werden sollte. Das Konzept liegt bis jetzt nicht vor. Eine erneute Kontaktaufnahme ist nicht in der erwarteten Qualität zustande gekommen. Das könnte mit dem Wechsel des Geschäftsführers zusammenhängen. Sollte die Zusammenarbeit mit der GSG scheitern, wird nach anderen Partnern gesucht.

Wortmeldung der Stadträtin Frau Rauhut, CDU-Fraktion

Frau Rauhut schlägt die KÖS vor.

Wortmeldung des Oberbürgermeisters Herrn Poschmann

Herr Poschmann will sich jetzt nicht festlegen. Die GSG wird noch einmal angemahnt, da es Zusagen gab.

Wortmeldung des Stadtrates Herrn von Dehn-Rotfelser, BOS-Fraktion

Herr von Dehn-Rotfelser weist darauf hin, dass fraktionelle Arbeitsgruppen richtig sind, aber nicht vergessen werden sollte, dass es Ausschüsse gibt, die für bestimmte Aufgaben zuständig sind. In erster Linie müsste in diesen

Ausschüssen beraten werden, wo was gemacht wird. Dann kann es in den fraktionellen Arbeitsgruppen zusammengetragen werden, um entscheiden zu können, wie es eventuell gemacht wird. Die Ausschüsse sind wichtige Organe des Stadtrates, um Festlegungen zu treffen.

Wortmeldung der Stadträtin Frau Liesong, B.I.S.-Fraktion

Frau Liesong erinnert daran, dass es früher einen Kulturausschuss gab. Man sollte nachdenken, ob es nicht notwendig und sinnvoll wäre, erneut einen solchen Ausschuss zu bilden. Immer wieder wird auf Probleme gestoßen, die in diesen Bereich fallen.

9. Beratungsgegenstände in öffentlicher Sitzung

9.1 Abberufung des Ortswehrleiters der Ortsfeuerwehr Sangerhausen innerhalb der Freiwilligen Feuerwehr Sangerhausen aus dem Ehrenbeamtenverhältnis auf Zeit

Begründung: Herr Poschmann

Stellungnahme des Hauptausschusses, Stadtrat Herr Skrypek, Vorsitzender des Ausschusses

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage einstimmig zu.

Beschlusstext:

Der Stadtrat der Stadt Sangerhausen beschließt nach öffentlicher Beratung den Ortswehrleiter der Ortsfeuerwehr Sangerhausen innerhalb der Freiwilligen Feuerwehr Sangerhausen zum 31.03.2011 abzuberaufen.

Abstimmung über die Beschlussvorlage

Ja-Stimmen	=	37
Nein-Stimmen	=	0
Stimmenenthaltungen	=	1

Damit ist die Beschlussvorlage mehrheitlich bestätigt und wird unter der **Beschluss-Nr. 1-18/11** registriert.
Inkrafttreten am: Tag nach der Beschlussfassung

9.2 1. Lesung zur Neufassung der Sondernutzungssatzung mit Gebührentarif der Stadt Sangerhausen

Herr Michael begründet die Beschlussvorlage. Nicht alle Ortschaften hatten eine Sondernutzungssatzung. Eine Übersicht, in der die Regelungen der bisher geltenden Satzungen, denen der neuen Satzung gegenüber stehen, wird vor der 2. Lesung zur Verfügung gestellt. Zum Geltungsbereich erklärt er, dass es in der Kernstadt eine 2-Zonenregelung gibt. Die Zone 1 entspricht dem Sanierungsgebiet und die Zone 2 dem Umfeld. Die Frage ist, ob das beibehalten werden sollte. Die Zone 2 würde sich dann bis in die Ortschaften hineinstrecken. Im Sanierungsausschuss kam der Vorschlag, die Kernstadt zur Zone 1 und die Ortschaften zur Zone 2 zu erklären. Falls keine anderen Vorschläge eingehen, würde die Verwaltung diesem folgen. Eine häufig gestellte Frage, war auch die nach Wahlwerbung. Das Anbringen von Plakaten wird nicht mit Gebühren belegt. Eine Regelung sollte bezüglich der Menge der Plakate und der Standorte ihrer Anbringung, nach dem Prinzip der allgemeinen Chancengleichheit getroffen werden. Eine Übersicht über Anfragen aus den Ausschüssen und von den Ortschaftsräten wird vor der 2. Lesung erkennen lassen, warum diese oder jene Anregung nicht berücksichtigt werden konnte. Er bittet um weitere Hinweise und Anmerkungen.

Frau Rauhut hat eine Nachfrage zu § 9 (1) Nr. 3, "bauaufsichtlich genehmigte Anlagen im Straßenkörper, wie Kellerlichtschächte, Roste, Einwurfvorrichtungen, Treppenstufen ...". Es handelt sich um Häuser, die mitunter 100 Jahre alt sind und keine bauaufsichtliche Genehmigung haben. Sie fragt, ob diese nachträglich eingeholt werden muss oder ob es Bestandsschutz gibt.

Herr Michael versichert, dass bauaufsichtliche Genehmigungen sehr weit gehen. Er wird die Antwort nach abschließender Klärung geben, glaubt aber nicht, dass aufgrund der Satzung Amtshandlungen nachgeholt werden müssen.

Herr Polster schlägt vor, die Zone 1 nicht nur auf das Sanierungsgebiet der Stadt zu begrenzen, da die Gewerbetreibenden in der Innenstadt sowieso schon Standortnachteile haben, in Bezug auf die Parkplatzsituation und die Straßenge. Warum sollte ein Werbeschild im Helmpark günstiger sein, als eines in der Innenstadt? Er bittet darum, dass folgendes in den Ausschüssen mitgetragen wird, nämlich, dass der Helmpark der Zone 1 gleichgestellt ist.

Herr von Dehn-Rotfelser macht darauf aufmerksam, dass es sich in den Gewerbegebieten größtenteils um Privatgelände und nicht um öffentlichen Verkehrsraum handelt. Das ist zu überprüfen.

Herr Michael erklärt, dass es in der Regelung nicht darum geht, einzelne Standorte zu beschreiben, sondern es geht einerseits um die Kernstadt und andererseits um die Ortsteile.

Herr Poschmann schlägt vor, das Problem "Zonen" tiefgründig zu diskutieren. Es gibt auch in der Kernstadt Außenbereiche, die dörfliche Strukturen haben. Mit der Sondernutzungssatzung soll der allgemeine Gebrauch des öffentlichen Raumes geregelt werden.

Herr Schmidt plädiert dafür, dass es bei einer einheitlichen Satzung auch nur eine Zone geben sollte und dass drastische Gebührenerhöhungen zu vermeiden sind.

9.3 Wasserwehrsatzung der Stadt Sangerhausen

Herr Michael begründet die Beschlussvorlage und geht auf Anfragen aus der gestrigen Hauptausschusssitzung ein. Eine Frage bezog sich auf § 2 (2) Nr. 2a. Das Wort "Anleitung" muss Bestandteil der Aussage bleiben, denn es kommen auch Organisationsanweisungen übergeordneter Stellen, die über die Verwaltung und den Leiter der Wasserwehr weitergegeben werden müssen. Das von Herrn Telle vorgeschlagene Wort "Hilfestellung" wird zusätzlich in den Satz eingefügt, sodass es heißt: "a) Anleitung und Hilfestellung der Feuerwehr ...". Eigene Technik hat eine Wasserwehr nicht. Diese wird in den Feuerwehren und im Bauhof vorgehalten.

Stellungnahme des Hauptausschusses, Stadtrat Herr Skrypek, Vorsitzender des Ausschusses

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage einstimmig zu.

Herr Telle möchte wissen, wie bei nächtlichen Einsätzen verfahren wird. Ergänzungen dazu, hat der Obersdorfer Ortschaftsrat im § 5 gefordert.

Herr Michael weist darauf hin, dass in diesen Fällen nach dem Arbeitszeitgesetz gehandelt werden muss. Bei Vorliegen der Voraussetzungen, kann ein entsprechender Lohnausfall für den nächsten Tag geltend gemacht werden.

Herr Mrozik fragt nach finanziellen Auswirkungen, die bei Ausübung eines Ehrenamtes anfallen.

KASSETTENWECHSEL

Herr von Dehn-Rotfelser kann auch nicht verstehen, warum bei "finanziellen Auswirkungen" ein "Ja" steht, aber keine Summe angegeben ist. Ihm ist auch nicht bekannt, dass es eine Haushaltsstelle Wasserwehren gibt. Konkret möchte er wissen, wie viel geplant ist und wo es herkommt.

Herr Michael erklärt, dass sich das "Ja" darauf bezieht, dass Lohnausfallkosten anfallen können. Die Haushaltsstelle liegt im Bereich der Feuerwehren.

Beschlusstext:

Der Stadtrat der Stadt Sangerhausen beschließt nach öffentlicher Beratung die Wasserwehrsatzung der Stadt Sangerhausen.

Abstimmung über die Beschlussvorlage

Ja-Stimmen = 37
Nein-Stimmen = 0
Stimmenenthaltungen = 1

Damit ist die Beschlussvorlage mehrheitlich bestätigt und wird unter der **Beschluss-Nr. 2-18/11** registriert.
Inkrafttreten am: Tag nach der Veröffentlichung

18:30 Uhr
Frau Olschak, Herr Halle,
Herr Herold, Herr Hecker und
Frau Stahlhacke gehen = **33**

9.4 Richtlinie der Stadt Sangerhausen zur Vergabe von Aufträgen nach VOB/VOL/VOF - Vergabeordnung - 2. Lesung und Beschlussfassung

Frau Bonk begründet die Beschlussvorlage. In den neuen Entwurf der Richtlinie wurden alle aus den Ausschüssen und Fraktionen vorgeschlagenen Änderungen eingearbeitet und in den Ausschüssen diskutiert. Sie bittet darum, Änderungsvorschläge bis zum 21.04.2011 dem Rechnungsprüfungsamt schriftlich vorzulegen.

Herr Mrozik versteht nicht, warum in Ausschüssen die Vorschläge des ausgewählten Gremiums verworfen wurden.

Herr Windolph erklärt, dass das Gremium am Entwurf gearbeitet hat und die Ausschüsse andere Formulierungen eingebracht haben. Im Bauausschuss z.B. wurden mehrere Änderungsanträge und ein Antrag auf 3. Lesung gestellt.

Herr Peche informiert, dass der Sanierungsausschuss darüber diskutiert hat. Seine Frage ist, ob die Stellungnahmen, die schon eingearbeitet sind, noch einmal schriftlich bis zum 21.04. vorzulegen sind.

Frau Bonk bittet um die schriftliche Vorlage aller Vorschläge, um sicher zu gehen, dass es auch inhaltlich keine Missverständnisse gibt. Eine Übersicht über die Anfragen wird unter anderem vor der 3. Lesung erkennen lassen, warum dieser oder jener Vorschlag keine Berücksichtigung finden konnte.

9.5 Änderung/Ausnahmeregelung zur Richtlinie der Stadt Sangerhausen zur Vergabe von Aufträgen nach VOB/VOL/VOF -Vergabeordnung- befristet bis zum 31.12.2011 - 2. Lesung und Beschlussfassung

Frau Bonk informiert, dass sich seit der letzten Lesung nichts geändert hat und der Beschluss nur in Verbindung mit dem Beschluss zur Richtlinie gefasst werden kann.

9.6 Abwägung und Beschluss zum Stadtentwicklungskonzept Sangerhausen - Fortschreibung 2009

Dazu wurde heute eine Austauschvorlage verteilt.

Begründung: Herr Schweiger

Stellungnahme des Bauausschusses, Stadtrat Herr Windolph, Vorsitzender des Ausschusses

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage mit 8 Ja-Stimmen einstimmig zu.

Stellungnahme des Sanierungsausschusses, Stadtrat Herr Peche, Vorsitzender des Ausschusses

Der Ausschuss stimmte über die Beschlussvorlage nicht ab, da bekannt war, dass heute eine Austauschvorlage vorgelegt wird.

Stellungnahme des Wirtschafts- und Umweltausschusses, Stadtrat Herr Schmidt, stell. Vorsitzender des Ausschusses

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage mit 3-Ja-Stimmen und 1 Enthaltung mehrheitlich zu.

Beschlusstext:

Die eingegangenen Stellungnahmen werden entsprechend Anlage abgewogen. Die Grundschule Obersdorf ist im Text und im Plan als Bestand aufzunehmen. Das Stadtentwicklungskonzept Sangerhausen - Fortschreibung 2009 wird hiermit als grundsätzlicher Orientierungsrahmen für die weitere Stadtentwicklung beschlossen.

Abstimmung über die Beschlussvorlage

Ja-Stimmen = 32
Nein-Stimmen = 0
Stimmenenthaltungen = 1

Damit ist die Beschlussvorlage mehrheitlich bestätigt und wird unter der **Beschluss-Nr. 3-18/11** registriert.

Inkrafttreten am: Tag nach der Beschlussfassung

9.7 Wiedereinführung des früheren Kfz-Kennzeichens SGH

Begründung: Herr Peche

Stellungnahme des Hauptausschusses, Stadtrat Herr Skrypek, Vorsitzender des Ausschusses

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage einstimmig zu.

Herr Schwarz versichert, dass die F.D.P.-Fraktion diese Vorlage unterstützen wird, u.a. weil sich die Gesetzlichkeiten gelockert haben und Aussicht auf Erfolg besteht.

Herr Skrypek verweist darauf, dass zuerst die rechtliche Zulassung geschaffen werden muss. Der Stadtrat kann lediglich sein Interesse bekunden. Die CDU-Fraktion wird der Vorlage zustimmen.

Herr Poschmann spricht aus Sicht der Verwaltung. Wenn der Beschluss gefasst ist, wird ein formloser Antrag gestellt. Zur Schaffung der rechtlichen Voraussetzungen bedarf es noch einiger Beschlüsse von unterschiedlichen Gremien (u.a. vom Landkreis). Nach neuesten Meldungen steht man dem Ganzen nicht unaufgeschlossen gegenüber.

Herr Peche möchte nicht, dass das zerredet wird, was die Kreisverwaltung zu machen hat. Er glaubt, wenn ein eindeutiges Votum kommt, wird es im Kreistag auch keine andere Meinung dazu geben und der Landrat kann sich dem nicht verschließen. Er zeigt einen Aufkleber mit den Buchstaben SGH, den man für eine Schutzgebühr von 1,00 € käuflich erwerben kann. Die Einnahmen kommandem "Buratino" zugute.

Herr von Dehn-Rotfelser hatte schon in der letzten Ratssitzung kundgetan, dass die BOS-Fraktion die Aktion unterstützt. Er weist darauf hin, dass es keine neuen Kennzeichen geben wird. Die alten, die noch Bestandsschutz haben, werden wieder ausgegeben. Es ist eine Weiterführung eines bestehenden Kennzeichens.

Herr Kotzur bestätigt, dass auch die Fraktion DIE LINKE. den Antrag unterstützt. Es ist im Zuge der anstehenden regionalen Reformen, europaweit, wichtig, solche regionalen Identifikationsmöglichkeiten zu nutzen.

Herr Schmidt warnt davor, die Thematik zu zerreden. Der Beschluss sollte gefasst werden.

Beschlusstext:

Der Stadtrat beschließt:

1. *Der Stadtrat der Stadt Sangerhausen spricht sich für die Wiedereinführung des früheren Kfz.-Kennzeichens „SGH“ aus.*
2. *Die Verwaltung wird beauftragt, entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen die erforderlichen Maßnahmen einzuleiten. Hinweise und Erfahrungen von Städten, die sich der Initiative zur Kennzeichenliberalisierung bereits angeschlossen haben, sollten in der Abarbeitung aufgenommen werden.*
3. *Der Landkreis Mansfeld-Südharz wird gebeten, die Initiative der Stadt Sangerhausen zur Wiedereinführung des Kfz.-Kennzeichens „SGH“ zu unterstützen.*

Abstimmung über die Beschlussvorlage

Ja-Stimmen = 31

Nein-Stimmen = 0

Stimmenenthaltungen = 2

Damit ist die Beschlussvorlage mehrheitlich bestätigt und wird unter der **Beschluss-Nr. 4-18/11** registriert.

Inkrafttreten am: Tag nach der Beschlussfassung

10. Informationsvorlagen in öffentlicher Sitzung

10.1 Vorstellung Endbericht zum Bäderkonzept der Stadt Sangerhausen

Herr P. Wehr von der Wehr Consulting GmbH aus Essen und *Herr Schüler* von der PWC AG Erfurt stellen mittels einer Präsentation den Endbericht des Bäderkonzeptes vor.

19:45 Uhr

Herr Prause und

Herr Polster gehen = **31**

20:00 Uhr

Herr Peckruhn geht = **30**

11. Beratungsgegenstände in nichtöffentlicher Sitzung

.
. .
.

13. Wiederherstellung der Öffentlichkeit und Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

Herr Telle stellt die Öffentlichkeit wieder her. Es wurden keine Beschlüsse im nichtöffentlichen Teil gefasst.

Um 20:40 Uhr beendet der amtierende Stadtratsvorsitzende Herr Telle die Sitzung.

Simone Jung
Protokollführerin

Jürgen Telle
1. Vertreter des Vorsitzenden

